

Protokoll

Möglichkeiten der Verbindung von Kommunalpolitik und Quartiersideen

22.06.2017, 15:00 – 17:00 Uhr; Hans-Sachs-Haus

Die Veranstaltung „Möglichkeiten der Verbindung von Kommunalpolitik und Quartiersideen“ findet im Rahmen des Projekts QuartiersNETZ (Teilprojekt „Teilhaben und Beteiligen“) statt. Eingeladen waren die Bezirksverordneten der fünf Stadtbezirke sowie Teilnehmende der QuartiersNETZ-Arbeitsgruppe „Teilhaben und Beteiligen“. Teilgenommen haben 6 Bezirksverordnete und 6 AG-Teilnehmer*innen. Weitere zehn Bezirksverordnete hatten abgesagt, da sie anderweitige Verpflichtungen hatten. Ferner scheint es, dass einige Bezirksverordnete im Stadtbezirk Ost keine Einladung erhalten hatten.

Thema der Veranstaltung ist die Diskussion darüber, wie eine gegenseitige Information oder Verzahnung von lokalen Ideen und lokaler Politik stattfinden kann und wie die vielen aktiven Menschen in den Quartieren, die sich für mehr Lebensqualität, gemeinsame Aktionen und wichtige Themen vor Ort einsetzen, mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern in den Stadtbezirken, die sich ebenso für lokale Belange einsetzen und für ihre Stadtteile und den Stadtbezirk verantwortlich fühlen, in Kontakt kommen können.

Die Veranstaltung beginnt mit einer kurzen Begrüßung und Einführung durch Frau Dr. Krön und Herrn Prof. Dr. Rübler von der Fachhochschule Dortmund, die für das Teilprojekt „Teilhaben und Beteiligen“ im Projekt QuartiersNETZ verantwortlich sind. Sie gehen kurz auf den Hintergrund und den Ablauf des Treffens ein und betonen, dass es in den Quartieren nicht um eine Konkurrenz zu Strukturen der repräsentativen Demokratie geht, sondern immer um eine Ergänzung hierzu. Deswegen sei eine Verknüpfung und Verzahnung auch so wichtig. Anschließend stellen sich die Teilnehmenden kurz vor.

Die erste Frage, mit der sich die Gruppe beschäftigt, lautet:

„Wie können lokale Ideen der Bewohnerinnen und Bewohner in die Kommunalpolitik einfließen und wie kann man die Politik in den Bezirksvertretungen den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen?“

Hier wird zunächst festgestellt, dass derzeit ein Informationsaustausch zwischen den Quartiersstrukturen und den Kommunalpolitiker*innen zum Teil „zufällig“ bzw. „persönlicher Art“ ist, da der Austausch dadurch stattfindet, dass manche Teilnehmende Politiker*innen persönlich kennen oder in anderen Zusammenhängen mit ihnen zu tun haben. Es gibt aber auch offiziellere Wege, da die Politik auch zu Veranstaltungen im Quartier eingeladen wird und teilweise teilnimmt. Dies ist allerdings in den verschiedenen Quartieren sehr unterschiedlich.

Verschiedene Möglichkeiten für einen stärkeren gegenseitigen Austausch werden diskutiert. Zum einen wird betont, dass eine direkte und persönliche Einladung (z.B. zu den Quartierskonferenzen) an die Bezirksverordneten wichtig sei und bestimmt auch Wirkung zeigen würde. Die Bezirksverwaltungsstellen sind hier wichtige Anlaufstellen um Informationen und Einladungen in die Politik zu verbreiten.

Zum anderen gibt es die Möglichkeit für Bürger*innen, sich in die Bezirksvertretung einzubringen, in dem sie ihre Anliegen in die Bezirksvertretungssitzung vortragen. Hierfür gibt es einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt „bürgerschaftliche Initiativen“. Anliegen können sowohl über das Büro des Oberbürgermeisters, die Bezirksverwaltungsstelle als auch die Bezirksbürgermeister*in eingereicht werden. Diese Möglichkeit wird derzeit kaum genutzt, möglicherweise, weil sie den Bürger*innen nicht bekannt ist. Daher wird u.a. angeregt, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der bestehenden Möglichkeiten zu betreiben.

Es kommt ebenfalls zur Sprache, dass eine geregelte Verzahnung zur Bezirksvertretung nicht nur das Projekt QuartiersNETZ bzw. die Quartierskonferenzen betrifft, sondern es auch viele andere Formate von (Bürger*innen-)Zusammenkünften in den Stadtbezirken gibt, die sich auf den Stadtbezirk oder Teile des Stadtbezirks beziehen. Genannt werden z.B. der Präventionsrat oder Bürgervereine. Zum Teil überschneiden sich diese Gremien inhaltlich, zum Teil sind sie aber auch sehr unterschiedlich. Die im wahlpolitischen Sinne nicht gewählten Gremien haben hierbei keine offizielle Legitimation durch die Wahlberechtigten, sodass eine Verknüpfung zur Bezirksvertretung sinnvoll ist. Dennoch muss natürlich darauf geachtet werden, dass die Gremien unabhängig bleiben und ihre eigenen Standpunkte vertreten können.

Es wird der Vorschlag formuliert, dass es, um die verschiedenen Gremien und Formate, die es im Stadtbezirk gibt, miteinander besser zu verzahnen, einmal im Jahr eine Konferenz für diese Gremien auf Stadtbezirksebene gibt, bei der man sich austauschen kann. Über diesen Vorschlag herrscht jedoch Uneinigkeit: während die einen die Idee begrüßen, sehen andere eine zusätzliche Konferenz als problematisch an, auch weil sich die Gremien zum Teil inhaltlich und auch räumlich erheblich unterscheiden. Eventuell könnte diese Idee in die verschiedenen Bezirksvertretungen getragen und diskutiert werden.

Die zweite Frage, die diskutiert wird, beschäftigt sich mit der Verstetigung von Strukturen:

„Wie können die in den Quartieren entwickelten Strukturen weitergeführt werden, welche Möglichkeiten der Verstetigung gibt es?“

Bezüglich dieser Frage wird betont, dass es unterschiedliche Wege in den verschiedenen Quartieren geben wird und geben muss. Eine große Chance wird darin gesehen, die Strukturen an Organisationen und Institutionen, die im Quartier tätig sind, anzudocken. Dieser Anschluss an bzw. die Unterstützung durch andere Institutionen für die QuartiersNETZ-Strukturen, aber auch andere Quartiersstrukturen, ist von hoher Bedeutung für eine nachhaltige Sicherung. Die in Frage kommenden Organisationen sind natürlich von Quartier zu Quartier verschieden.

Betont wird weiterhin, dass es ohne hauptamtliche Unterstützung nicht geht, dass man sich also nicht nur auf ehrenamtliches Engagement verlassen kann, dieses Engagement auf jeden Fall hauptamtlich unterstützt werden muss.

Bei der Frage danach, inwiefern die Stadt Gelsenkirchen Quartiersstrukturen finanziell unterstützen kann und ob der Bürgerhaushalt, der zukünftig in den Bezirksvertretungen koordiniert wird, eine Möglichkeit zur Finanzierung bietet, werden kaum Möglichkeiten gesehen. Zum einen ist Gelsenkirchen in der Haushaltssicherung, was eine Finanzierung (weiterer) freiwilliger Leistungen durch die Stadt sehr unwahrscheinlich macht, denn solche Leistungen werden mit großer Wahrscheinlichkeit durch die Bezirksregierung gestrichen. Zum anderen bietet der Bürgerhaushalt eher Möglichkeiten bestimmte, abgeschlossene Aktivitäten zu finanzieren, aber eine regelmäßige Finanzierung ist dadurch nicht möglich.

Bezüglich der Quartiersarbeit wird die wichtige Rolle von Orten im Sinne von Begegnungsstätten betont. In vielen Quartieren fehlen diese Möglichkeiten, sich vor Ort in angemessenen Räumen zu treffen. In einigen Quartieren bricht die Möglichkeit der kostenfreien Nutzung von kirchlichen Räumen weg, da die Kirchengemeinden ihre Räume schließen (müssen). Es wird über die Möglichkeit gesprochen, in Kooperation mit Kirchen und anderen Institutionen diese Begegnungsstätten am Leben zu erhalten und hierfür Kooperationsmodelle zu erarbeiten. Einige Kirchengemeinden wären dieser Kooperation durchaus aufgeschlossen, andere allerdings weniger, sodass auch hier quartierspezifische Wege gefunden werden müssen. Ein anderer Weg wurde z.B. in Schaffrath gegangen, wo ein Bürger*innen-

Verein gegründet wurde, um einen Quartierstreffpunkt zu schaffen und zu unterhalten. Dieser Weg wird zum Teil auch in anderen Quartieren angedacht. Aber auch hier müssen kreative Wege zur Finanzierung gefunden und gegangen werden. Wichtig ist für diese Begegnungsstätten, dass sie politisch neutral und parteiunabhängig sind.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden:

- Sowohl Politik als auch Zivilgesellschaft wollen eine bessere Verzahnung und Verknüpfung zwischen den gewählten und nicht-gewählten Strukturen im Quartier erreichen.
- Das Teilprojekt „Teilhaben und Beteiligen“ nimmt folgendes mit:
 - Die Organisator*innen der Quartierskonferenzen (und anderer Formate) sollten die Bezirksverordneten direkt und persönlich zu den Quartierskonferenzen einladen.
 - Ebenso sollte überlegt werden, beim Tagesordnungspunkt „Bürgerschaftliche Initiativen“ in der Bezirksvertretung über Ideen und Aktivitäten aus den Quartierskonferenzen und den Arbeitsgruppen regelmäßig zu berichten. Hierfür muss ein formloser Antrag bei den Bezirksverwaltungsstellen oder dem Büro des Oberbürgermeisters gestellt werden.
 - Information der Bezirksverwaltungsstellen über Treffen und Themen
- Die Bezirksverordneten nehmen folgendes mit:
 - Hinweis auf Quartierskonferenzen (und andere, ähnliche Formate) sowie Ansprache der anderen Verordneten, wenn möglich an diesen Treffen teilzunehmen
 - Bericht von der Veranstaltung in der Bezirksvertretung
 - Über Öffentlichkeitsarbeit bezüglich des Tagesordnungspunkts „Bürgerschaftliche Initiativen“ nachdenken
 - Über die Möglichkeit eines jährlichen „Netzwerktreffens“ im Stadtbezirk sprechen?
 - Möglichkeiten für Begegnungsorte im Quartier ansprechen (gibt es welche, könnten welche unterstützt werden, wo fehlen Begegnungsstätten?)

Ausblick

Zum Abschluss bespricht die Gruppe das weitere Vorgehen. Es wird beschlossen **ein nächstes Treffen** dieser Art **im März/April 2018** durchzuführen, wenn eventuell bereits einige Fortschritte erreicht wurden. Die Fachhochschule Dortmund soll zusammen mit dem Generationennetz und, wenn möglich, mit Bürger*innen aus dem jeweiligen Stadtbezirk, das Projekt QuartiersNETZ und auch das Thema Verknüpfung noch einmal mündlich **bei den Bezirksvertretungen vorstellen**. Im Weiteren sollen außerdem die Bezirksverwaltungsstellen als wichtige Schnittpunkte über bürgerschaftliche Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten werden.

Eine Einladung zum nächsten Treffen wird rechtzeitig an den gleichen Personenkreis (Bezirksverordnete und AG „Beteiligen und Teilhaben“) versendet.

Anhang: Teilnehmerliste (für die Teilnehmenden des Treffens)

Kontaktdaten: Annette Krön: annette.kroen@fh-dortmund.de, 0231/755-8986